Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis
Inhaltsverzeichnis
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur X
§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes III. Übergangsbestimmungen
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes IV. Laufbahnrecht in den Ländern V. Besoldungsrecht in den Ländern VI. Versorgungsrecht in den Ländern VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze
§ 3 Einstellung, Beförderung I. Vorbemerkungen zur Ernennung II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen IV. Einstellung V. Beförderung
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I III. Versetzung IV. Abordnung V. Umsetzung VI. Zuweisung
§ 5 Ruhestand I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand IV. Zurruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamtStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamtStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt III. Entlassung von Beamten auf Widerruf
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen I. Verfassungsrechtlicher Ansatz II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte
§ 8 Nebentätigkeit I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs "Hauptamt" und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit



Inhaltsübersicht

IV. V.	Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten Zu den nebentätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG
VI. VII.	Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten Prozessuale Fragen
I. II. III. IV.	adensersatzhaftung des Beamten Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG Haftungsbegrenzungen Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs
	Beweislast
I.	rsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips
IV.	und leges generales Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien Einzelpflichtgruppen Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch
VI.	Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen
I. II. IV. V.	enstliche Beurteilung Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens Begriff der dienstlichen Beurteilung Beurteilungsarten Beurteilungsverfahren Beurteilungsinhalt Rechtsschutz
I. III. IV. V. VI. VII.	rsonalakten Rechtsgrundlagen Inhalt der Personalakte Personelle und sachliche Folgerungen aus der Zweckbindung der Personalakten Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag Einsichtnahme in die Personalakte Anhörung des Beamten (Gegen-)Äußerung des Beamten Berichtigungsanspruch des Beamten Entfernungsanspruch des Beamten
X.	Automatisierte Personalverwaltungssysteme Prozessuale Fragen
§ 13 Le I. II.	istungsstufen, -prämien und -zulagen Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen Leistungsprämien und -zulagen Prozessuale Fragen
I. II. III. IV.	enstunfall Dienstunfall im engeren Sinne Berufskrankheit Wegeunfall Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung
§ 15 Ri Di I. II.	Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen ickforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des enstherrn Rechtsgrundlose Leistungsgewährung Wegfall der Bereicherung Verschärfte Haftung

Inhaltsühersicht	
IV. Rückforderung des Bruttobetrages	478
V. Billigkeitsentscheidung	479
VI. Geltendmachung der Rückforderung	482
VII. Beweislast	485
Sachverzeichnis	487

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes 1. Zur Interpretation des Begriffs der Statusrechte und -pflichten 2. Zu den "Ausnahmen" von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes a) Laufbahnen b) Besoldung und Versorgung
III. Übergangsbestimmungen
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes 1. Förderung des Leistungsprinzips 2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes 3. Stärkung der Mobilität 4. Maßnahmen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung 5. Stärkung des Grundsatzes "Rehabilitation vor Versorgung"
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes 1. Erfahrungszeiten statt Besoldungsdienstalter 2. Neugestaltung der Besoldungstabelle 3. Familienbezogene Besoldungsbestandteile
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes 1. Vorbemerkung 2. Wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreformen 3. Einführung einer Versorgungsauskunft 4. Nachvollzug der Besoldungsreform
 IV. Laufbahnrecht in den Ländern Baden-Württemberg (§§ 14–23 BW LBG) Bayern, Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen Berlin (§ 2, §§ 7 ff. BlnLbG), Sachsen (§§ 15–30 SächsBG) Brandenburg (§§ 9–26 BbgLBG) Bremen (§§ 13–26 BrBG), Hamburg (§§ 13–26 HmbBG), Mecklenburg-Vorpommern (§§ 12–26 MVBG), Niedersachen (§§ 13–26 NBG) und Schleswig-Holstein (§§ 13–26 SH LBG) Sachsen-Anhalt (§§ 13–28 BG LSA) Die übrigen Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen
V. Besoldungsrecht in den Ländern
VI. Versorgungsrecht in den Ländern
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze 1. Beamtenverhältnis auf Zeit 2. Wegfall der Anstellung 3. Ernennungskriterien und Ausschreibungsmodalitäten 4. Probezeit 5. Nichtigkeit und Rücknahme der Ernennung 6. Abordnung, Versetzung und Umbildung von Körperschaften

Inhaltsverzeichnis

7. Zuweisung	29
8. Beendigung des Beamtenverhältnisses	29
9. Nebentätigkeit	30
10. Teilzeit, Urlaub, Mutterschutz und Elternzeit	30
11. Personalakte	31
12. Partizipation	31
a) Personalvertretung	31
b) Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Berufsverbänden	32
c) Beteiligung der Spitzenorganisationen	32
§ 3 Einstellung, Beförderung	33
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	33
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	35
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	37
IV. Einstellung	38
1. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf zum Zwecke der	
Ableistung eines Vorbereitungsdienstes	39
a) Nur laufbahnrechtlich relevanter Vorbereitungsdienst	40
b) Vorbereitungsdienst als Ausbildungsstätte	43
2. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe	47
a) Probezeit zur späteren Verwendung auf Lebenszeit	47
b) Probezeit zur Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion	53
3. Prozessuale Fragen	55
a) Verwaltungsrechtsweg	55
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	56
c) Vorverfahren	58
d) Beweislast	59
V. Beförderung 1. Die der Bestenauslese vorgeschaltete organisations- und verwaltungspolitische	60
Entscheidungsebene	61
2. Bestenauslese und sog Hilfskriterien	64
a) Zu den Mitteln der Bestenauslese	69
b) Zum Rechtsanspruch auf Beförderung	72
3. Die Auswahlentscheidung	73
4. Schadensersatz wegen unterbliebener oder verspäteter Beförderung	74
5. Prozessuale Fragen	, . 77
a) Rechtsweg	77
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	77
c) Vorverfahren	86
d) Beweislast	87
	00
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	89
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	91
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I	92
III. Versetzung	93
1. Versetzung auf Antrag des Beamten	93
2. Versetzung aus dienstlichen Gründen	96
a) Ausübung des Ermessens	101
b) Anhörung des Beamten	103
c) Entbehrlichkeit einer Zustimmung des Beamten	104
3. Beteiligung der Personalvertretung	106
4. Einverständnis des aufnehmenden Dienstherrn	107
5. Prozessuale Fragen	108
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	108
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und	
Anfechtungsklage	110

Inhaltsverzeichnis	XV
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	110
d) Beweislast	111
IV. Abordnung	112
1. Abordnung innerhalb des Dienstbereichs des bisherigen Dienstherrn	112
2. Abordnung in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn	115
3. Prozessuale Fragen	116
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und	116
Anfechtungsklage	116 117
d) Beweislast	117
,	
V. Umsetzung	117 118
2. Prozessuale Fragen	121
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	121
b) Vorverfahren	124
c) Vorläufiger Rechtsschutz	124
VI. Zuweisung	126
1. Zuweisung mit Zustimmung des Beamten	126
2. Zuweisung ohne Zustimmung des Beamten	127
3. Amtsangemessenheit der Tätigkeit	128
4. Sonderregelungen 5. Rechtsschutz	129 129
3. Rechtsschutz	12)
§ 5 Ruhestand	131
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	132
1. Altersgrenzen	132
a) Regelaltersgrenze	133
b) Besondere Altersgrenzen	133
Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze Hinausschieben des Ruhestandes auf Antrag des Beamten	134 134
a) Antrag des Beamten	135
b) Dienstliches Interesse bzw. dienstliche Interessen (Belange)	135
4. Hinausschieben des Ruhestandes auf Initiative des Dienstherrn	137
5. Beginn des Ruhestandes	137
6. Prozessuale Fragen	138
b) Klagearten	138 138
c) Vorläufiger Rechtschutz	138
d) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	139
e) Beweislast	140
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der	
Dienstunfähigkeit	140
1. Antrag	141
2. Ermessensentscheidung	141
3. Versorgungsabschlag	142 142
4. Rechtsschutzfragen	142
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	142
1. Sog politische Beamte	142
a) Einstweiliger Ruhestand b) Tatbestand	143 143
c) Ausübung des Ermessens	144
d) Zu Verfahren und Form	144
e) Rechtsschutzfragen	144
f) Zur erneuten Berufung	145
2. Organisatorische Veränderungen	145

IV. Zurruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	146
1. Dienstunfähigkeit im Allgemeinen	147
2. Besondere Dienstunfähigkeit	149
3. Feststellung der Dienstunfähigkeit	150
4. Anderweitige Verwendung	152
5. Begrenzte Dienstfähigkeit	153
6. Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	155
a) Reaktivierung von Amts wegen	155
b) Reaktivierung auf Antrag	156
7. Zu Verfahren, Zuständigkeit und Form	157
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	157
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	158
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	158
8. Rechtsschutzfragen	159
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	159
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	160
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	160
d) Beweislast	161
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	163
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	103
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamtStG bzw.	
des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	165
1. Entlassung wegen eines Dienstvergehens	166
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	166
b) Ermessensausübung	170
c) Terminliche Möglichkeiten der Entlassung	172
d) Entlassungsverfahren	172
2. Entlassung wegen fehlender Bewährung	175
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	175
b) Ermessensausübung	178
c) Entlassungsfristen	180
d) Entlassungsverfahren	180
3. Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	181
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	181
b) Ermessensausübung	183
c) Entlassungsfristen und Entlassungsverfahren	184
4. Prozessuale Fragen	184
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	184
b) Aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs und einer Anfechtungsklage .	185
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	186
II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamtStG bzw. des § 6	
Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	187
	100
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	189
1. Entlassung kraft Gesetzes	189
2. Entlassung durch Verwaltungsakt (Widerruf)	191
a) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vor Ablegung	100
der Prütung	192
b) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der Länder	105
nach Ablegung der Prüfung	195
c) Widerruf bei Beamten auf Widerruf, die gemäß § 4 Abs. 4 lit. b BeamtStG	
bzw. § 6 Abs. 4 Nr. 2 BBG zur vorübergehenden Wahrnehmung von	105
Aufgaben nach § 3 Abs. 2 BeamtStG bzw. § 5 BBG verwendet werden	195
3. Prozessuale Fragen	196
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	197
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	197
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	199 199

Inhaltsverzeichnis	XVI
 Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG) Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) Koalitionsrecht (Art. 9 Abs. 3 GG) Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG) Freizügigkeit (Art. 11 GG) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) 	204 205 207 211 212 214 214 216
§ 8 Nebentätigkeit	219
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs "Hauptamt" und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	220
 II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst 1. Zum Begriff und zur Rechtsform des Verlangens 2. Übermäßige Beanspruchung 3. Auswahlerwägungen bei der Übertragung einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst 	223 224 224 225
III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten 1. Allgemeines zur Beschränkung von Nebentätigkeiten 2. Genehmigung und Genehmigungsversagung a) Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Beamten b) Widerstreit mit dienstlichen Pflichten c) Kollisionen mit der Behördenzuständigkeit und dem Gebot unparteiischer und unbefangener Amtsführung d) Wesentliche Einschränkungen der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit e) Beeinträchtigung des Ansehens der öffentlichen Verwaltung f) Ausübung eines Zweitberufs (§ 99 Abs. 2 S. 3 BBG) g) Überschreitung einer Vergütungsgrenze (§ 99 Abs. 3 S. 3 BBG) 3. Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn 4. Nebenbestimmungen zur Genehmigung 5. Nachweis- und Anzeigepflicht IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten 1. Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 BBG) 2. Schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 BBG) 3. Gutachtertätigkeit (§ 100 Abs. 1 Nr. 3 BBG) 4. Wahrung von Berufsinteressen (§ 100 Abs. 1 Nr. 4 BBG)	225 226 228 230 231 232 234 235 236 237 239 240 241 241 243 243
 5. Anzeige- und Auskunftspflicht, Untersagung der Nebentätigkeit V. Zu den nebentätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG 1. Verpflichtung zur Beschränkung von Nebentätigkeit bei voraussetzungsloser Antragsteilzeit 2. Nebentätigkeiten bei familienbezogener (familienbedingter) Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung 	246 246 246
3. Nebentätigkeiten bei arbeitsmarktbezogener Beurlaubung	247
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	247
VII. Prozessuale Fragen 1. Verwaltungsrechtsweg, Klagearten und Klagebefugnis bei Klagen des Beamten 2. Zur Frage einer Klagebefugnis Dritter 3. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage des Beamten	252 252 254 254
4. Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung 5. Beweislast	255 255

I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden 1. Eigenschäden des Dienstherrn 2. Fremdschäden	
1. Eigenschäden des Dienstherrn	
2. Fremdschäden	
a) Unfallfürsorgeleistungen als mittelbarer Schaden des Dienstherrn	
b) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem anderen Beamte	
c) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem außenstehenden Dritten im nichthoheitlichen Bereich	
d) Amtshaftung	
e) Gefährdungshaftung des Dienstherrn nach den §§ 7 ff. StVG	
,	
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG	
1. Persönlicher Geltungsbereich	
2. Dienstpflichtverletzung	
a) Allgemeine Dienstpflichten	
b) Besondere Dienstpflichten	
c) Zur Abgrenzung von Dienst- und drittgerichteten Amtspflichten	
3. Verschulden	
a) Vorsatz	
b) Grobe Fahrlässigkeit 4. Kausalität	
5. Schaden	
6. Gesamtschuldnerische Haftung	
a) Mitverschulden des Dienstherrn	
b) Fürsorgepflicht des Dienstherrn	
III. Haftungsbegrenzungen	
Haftung und Fürsorgepflicht	
2. Verjährung	
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	
1. Zivilgerichtliche Leistungsklage	
2. Leistungsbescheid	
3. Verwaltungsgerichtliche Leistungsklage	
4. Aufrechnung	
V. Beweislast	
VI. Anspruchsübergang	
10 T	
10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	• • •
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	
II. § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines	
Rechtsprinzips und leges generales	
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	
1. Alimentationspflicht des Dienstherrn, Gesetzesbindung von Besoldung und	
Versorgung und Maßgeblichkeit des statusrechtlichen Amtes	
versorgung und iviaisgeomenken des statusfechtlichen Anntes	
2. Schutz von Ehe und Familie	
Schutz von Ehe und Familie	
2. Schutz von Ehe und Familie	
Schutz von Ehe und Familie Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot	
Schutz von Ehe und Familie Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot IV. Einzelpflichtgruppen Anhörungs- und Beratungspflichten	
Schutz von Ehe und Familie Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot IV. Einzelpflichtgruppen Anhörungs- und Beratungspflichten Förderungspflichten	
2. Schutz von Ehe und Familie 3. Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot IV. Einzelpflichtgruppen 1. Anhörungs- und Beratungspflichten 2. Förderungspflichten a) Dienstliche Beurteilung	
2. Schutz von Ehe und Familie 3. Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot IV. Einzelpflichtgruppen 1. Anhörungs- und Beratungspflichten 2. Förderungspflichten a) Dienstliche Beurteilung b) Dienstliche Verwendung	
Schutz von Ehe und Familie Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot IV. Einzelpflichtgruppen Anhörungs- und Beratungspflichten Förderungspflichten Dienstliche Beurteilung	

Inhaltsverzeichnis	XIX
3. Schadensabwendungspflichten a) Gesundheit b) Ehre c) Willensfreiheit d) Eigentum 4. Beistandspflichten bei dienstlich bedingten und außerdienstlichen Sonderbelastungen a) Reise- und Umzugskostenvergütungen, Ballungsraumzulage b) Rechtsverteidigungskosten c) Aufwendungen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen d) Vorschüsse	299 299 303 305 306 308 308 309 311 313
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	314
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen 1. Antragstellung ("Konkretisierung" des Begehrens) 2. Verwaltungsrechtsweg 3. Klageart 4. Vorverfahren 5. Beweislast	318 318 318 319 319 320
§ 11 Dienstliche Beurteilung	321
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	322
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung 1. Vorbereitende Stellungnahmen und Beurteilungsentwürfe 2. Besetzungsberichte und -statements 3. Einzelleistungsbewertungen	323 323 324 324
III. Beurteilungsarten 1. Regel- und Bedarfsbeurteilung 2. Leistungs- Befähigungs- und Eignungsbeurteilung 3. Strenggebundene, teilgebundene und freie Beurteilung	325 325 328 330
IV. Beurteilungsverfahren 1. Zuständigkeit 2. Erkenntnisquellen 3. Anhörung des Beamten 4. Beurteilungsgespräch 5. Bekanntgabe (Eröffnung) der Beurteilung 6. Besprechung der Beurteilung 7. Beurteilungsspiegel 8. Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte	330 330 333 334 335 335 336 336
V. Beurteilungsinhalt 1. Beurteilungszeitraum und Aufgabenbereiche 2. Einzelmerkmale 3. Bewertungsskalen a) Zum Zusammenhang zwischen Einzelbewertungen und Gesamturteilen b) Zur Festlegung von Richtwerten für das anteilige Verhältnis der Gesamturteilsstufen bei Regelbeurteilungen 4. Verwendungsvorschlag	337 338 340 341 342 343 344
VI. Rechtsschutz 1. Widerspruchsverfahren 2. Klageverfahren a) Verwaltungsrechtsweg und örtliche Zuständigkeit b) Klageart c) Klagefrist d) Rechtsschutzinteresse e) Begründetheit der Beurteilungsklage	345 345 347 347 349 350 350

I. Rechtsgrundlagen	
II. Inhalt der Personalakte 1. Allgemeines zur Abgrenzung von 2. Besetzungsberichte und -statemen 3. Beschwerdevorgänge 4. Vorgänge, die grundsätzlich nicht 5. Materielles und formelles Prinzip 6. Vollständigkeits- und Richtigkeits III. Personelle und sachliche Folgerunge Personalakten	Personal- und Sachakte nts aufnahmefähig sind sprinzip, Resozialisierungsgedanke
-	•
 Einsichtsrecht des Beamten Einsichtnahme durch Dritte 	
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	t
IX. Entfernungsanspruch des Beamten 1. Spezialgesetzliche Regelungen	§ 112 BBG
1. Verarbeitung und Nutzung von P	ssysteme Personalaktendaten in Dateien
1. Verwaltungsrechtsweg und Klage	art
13 Leistungsstufen, -prämien und -zulager	n
 Die gesetzliche Regelung Leistungsstufe Leistungsstufe Hemmung des Aufstiegs in der Commung Zuständigkeit und Verfahren Die (ergänzenden) Regelungen der Geltungsbereich Leistungsstufe Entscheidungsberechtigte und 	den Grundgehaltsstufen n Steigerungsstufen r Bundesleistungsbesoldungsverordnung Verfahren
 Die gesetzliche Ermächtigung Die (ergänzenden) Regelungen de a) Geltungsbereich b) Allgemeines c) Leistungsprämie 	r Bundesleistungsbesoldungsverordnung
d) Leistungszulage	Verfahren

Inhaltsverzeichnis	XXI
c) Klage bei umstrittener nachträglicher Leistungssteigerung	408
d) Klage auf Vergabe einer Leistungsprämie oder -zulage	409
2. Vorläufiger Rechtsschutz	409
§ 14 Dienstunfall	411
I. Dienstunfall im engeren Sinne	412
Äußere Einwirkung Merkmale der Abgrenzung des Unfalles von schädlichen	412
Dauereinwirkungen	414
3. Körperschaden	415
4. Zusammentreffen einer äußeren Einwirkung mit einer Anlage	416
5. Dienstbezogenheit des Unfalles	418
a) Unfälle im Dienstgebäude während der Dienststunden	420
b) Unfälle außerhalb des Dienstgebäudes während der Dienststunden	422
c) Unfälle im Dienstgebäude außerhalb der Dienststunden	422
d) Unfälle bei Dienstreisen	423
e) Unfälle bei der Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen	425
f) Unfälle bei Nebentätigkeiten	427
g) Unfälle von Beamten, die sich selbst "in den Dienst versetzen"	428
Dienstgeschäften	429
II. Berufskrankheit	430 433
III. Wegeunfall	434
1. Beginn und Ende des Weges	435
2. Innerer Zusammenhang zwischen Weg und Dienst	
a) Funktioneller Aspekt	436
b) Zeitlicher Aspekt	437
c) Unterbrechungen des funktionellen oder zeitlichen Zusammenhanges d) Kraft Gesetzes unfallgeschützte Umwege	437 439
IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	441
1. Unfall bei der Familienheimfahrt	441
2. Heilverfahrensunfall	442
3. Angriffstatbestände	443
4. Beurlaubtenunfall	444
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	445
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	448
1. Meldung und Untersuchungsverfahren	448
2. Verwaltungsrechtsschutz	451
a) Klageart und Zuständigkeit	451
b) Kontrolldichte der gerichtlichen Prüfung beim Beurlaubtenunfall	451
c) Beweislast	452
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des	
Dienstherrn	455
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	459
Recrusgrundiose Leistungsgewahrung Verwaltungsakt als Rechtsgrund	460
2. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	461
Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	461
4. Erledigter Verwaltungsakt	464
5. Feststellung des Verlustes der Bezüge	464
6. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Klage bei Entlassung	464
7. Aufgrund einstweiliger Anordnung bei einer Zurruhesetzung wegen	דטד
Dienstunfähigkeit gewährte (Differenz-)Bezüge	465
8. Aufgrund einstweiliger Anordnung gewährte Geldleistungen	466

Inhaltsverzeichnis

467

II. Wegfall der Bereicherung 1. Verfahrensrechtliche Fragen 2. Unterstellter Bereicherungswegfall 3. Im Einzelfall festgestellter Bereicherungswegfall	467 467 468 468
III. Verschärfte Haftung 1. Rechtshängigkeitshaftung 2. Haftung bei Kenntnis oder Offensichtlichkeit des Mangels 3. Haftung bei ungewissem Erfolgseintritt oder möglichem Rechtsgrundwegfall a) Abschlagszahlungen b) Vorbehaltszahlungen c) Weitere Fälle 4. Verstoß der Rückforderung gegen Treu und Glauben	470 470 470 475 475 477 477
IV. Rückforderung des Bruttobetrages	478
V. Billigkeitsentscheidung	479
VI. Geltendmachung der Rückforderung 1. Leistungsbescheid 2. Leistungsklage 3. Aufrechnung	482 482 484 484
VII. Beweislast	485
Sachverzeichnis	487